

Schuldenunion II

Anfang September 2011

Max Weber sagte sinngemäß: „Jemand der demokratisch legitimiert für andere entscheidet, muss die Folgen verantworten“. Dem Anspruch wird der Bundestag z.Z. nicht gerecht.

Ich bin ein überzeugter Europäer. Wenn ich auch nach wie vor der Überzeugung bin, dass die Eurozone von Anfang an Mitglieder hatte, die dafür nicht reif waren, insgesamt die Spreizung der ökonomischen Leistungsfähigkeit zu groß war und ist, auch die Gestaltung der Verträge ungenügend war, so trete ich trotzdem für die Bewahrung des Euro ein. Ich beanstande nicht das Ziel der Europolitik, sondern den Weg. Laut letzten Umfragen stieg das Misstrauen in die EU seit 2010 von 51% auf 68%, die Zustimmung liegt bei 24%. Das ist Folge von Politik. Solidarität wird verlangt für eine Regime, das seit zehn Jahren die Solidarität mit den anderen mit Füßen getreten hat. Solidarität für einen Süchtigen, der weiter sein Opium verlangt.

Die Gesamtbetrachtung der Schuldenkrise zwingt zur Frage, erleben wir gerade die Metamorphose der EU zur ESU, der europäischen Schuldenunion.

Wir müssen erkennen, dass die Regierungen mit Zustimmung der Parlamente die Schuldenkrise immer weiter verschlimmbessern, weil sie eine Problemlösung gefunden zu haben glauben, auch wenn sie weit außerhalb des ordnungspolitischen Rahmens liegt. Es beweist sich immer wieder, nicht nur bei Finanz- oder Wirtschaftskrisen, wenn Regierungen Symptome kurieren, „Fehlentwicklungen“ steuern wollen außerhalb des ordnungspolitischen Rahmens, durch sogenannte pragmatische Lösungen, führt das in die Irre, weil sich die Probleme gleich einer Hydra entwickeln, immer wenn man eins gelöst zu haben glaubt, erscheinen dahinter zwei Neue. Politik und Wirtschaft brauchen im Denken und Handeln das Grundsätzliche, die ordoliberalen, ordnungspolitische Leitplanken.

Wie kann die Krise der Schuldnerstaaten soweit behoben werden, dass keine Bedrohung sowohl für den Euro als auch für die Staaten der Eurogemeinschaft entsteht? Auf keinen Fall so, wie es am 21.7.2011 von den Geberländern beschlossen wurde! Die Vergemeinschaftung der Schulden der Euroländer ist das Problem und nicht die Lösung. Zu glauben, man könne die Märkte beruhigen, indem sich alle Länder durch die Übernahme von Bürgschaften selbst schwächen, das ist der größtmögliche Irrtum. Wenn ein Schuldner zahlungsunfähig wird, können nicht unbeteiligte Dritte, hier die Steuerzahler, zur Kreditgewährung an den Schuldner gezwungen werden damit dessen Gläubiger keine Verluste erleiden. Bürgschaften des Staates zu Lasten seiner Steuerzahler zeugen von unglaublicher Verantwortungslosigkeit. Ordnungspolitisch korrekt und legal ist, wenn allein die Gläubiger eventuelle Ausfälle tragen. Es wird welche geben, die kürzlich griechische Anleihen zu 60% des Nennwerts gekauft haben und jetzt per Verfalldatum 80% des Nennwerts garantiert bekommen sollen, also in wenigen Tagen eine Wertsteigerung um 33%. Mit der Kompetenzerweiterung für den ESM sind die Eurobonds, die es offiziell nicht geben darf, inoffizielle Tatsache. Die Verwahrlosung der guten Sitten nimmt unaufhaltsam ihren Lauf. „Mister Euro“ amüsiert sich. Die Ablösung von Jean Claude Juncker als Vorsitzender der Eurogruppe ist zwingend erforderlich. Sein bisheriges Wirken, angefangen bei seiner Kumpanei mit Schröder bei der ersten Stufe der Aushöhlung der Maastrichtverträge, was zum heutigen Desaster beigetragen hat, bis zu seiner Mitwirkung beim Umbau einer Verantwortungsgemeinschaft in eine Haftungsgemeinschaft der Verantwortungslosen, machen ihn untragbar.

Jetzt sickert durch, dass Griechenland die Vorgaben von IWF und EU nicht einhalten kann. Das diesjährige Haushaltsdefizit ist jetzt schon weitaus größer als erlaubt. Die Schuldenlast weitet sich aus. Griechenland ist mangels Wettbewerbsfähigkeit nicht tilgungsfähig und damit langfristig nicht kapitalmarktfähig. Jeder an den Hilfsmaßnahmen Beteiligte, insbesondere jedes Mitglied des Bundestags sollte wissen, dass die eingegangenen Bürgschaften zum Tragen kommen, damit ist die Schuldenbremse in der Verfassung Makulatur. Die Regierung ist gefangen in dem, was sie angefangen hat. Wenn die Überprüfungen des griechischen Haushaltsverhaltens die weitere Auszahlung von Hilfsmitteln verbieten, steht die Regierung

vor dem Dilemma trotzdem zu zahlen oder die Bürgschaften müssen eingelöst werden. Ohne Not hat sie sich diese Falle selbst gestellt. In Folge wird es bei einem Teil der Bürgen zur Abstufung der Ratings kommen. Die Bürgen werden dadurch ihre Kapitalmarktfähigkeit verlieren und ihre Bürgschaften nicht einlösen können. Wenn von den Bürgen immer mehr selbst zahlungsunfähig werden, trifft die gesamte Schuldenlast auf immer weniger Zahlungsfähige oder den letzten Zahlungsfähigen, bis auch der unter der Last steigender Zinsen zusammenbricht. Wir werden dann nicht drei, sondern noch viel mehr Länderinsolvenzen sehen und dann den Dominoeffekt bei den Eurostaaten haben, der bei den Banken vermieden werden soll. Bundesregierung und Bundestag sollten sich fragen, ob sie es verantworten wollen und können, diesen Weg weiter zu gehen. So lässt sich weder der Euro noch die EU retten.

Der Bundestag lässt zu, dass die Regierung Verträge bricht und ökonomische Prinzipien missachtet. Wenn die Mitglieder des Bundestags dem Weitergehen auf diesem Weg zustimmen, untergraben sie den Wohlstand unserer Kinder, Enkel und Urenkel, die alle die Last tragen müssen, die sie in nur einer Legislaturperiode auf deren Schultern schon angehäuft haben und bei einem Weiter so, noch anhäufen würden. Sie gehen für unsere Volkswirtschaft Risiken ein, denen diese nicht gewachsen ist. Sie bewegen sich im rechtsfreien Raum, weil sie Gesetze und Verträge mit ihnen von den Regierungen vorgegebenen advokatischen Winkelzügen gebrochen und den Raum des Rechts verlassen haben. Warum sollen Bürger Politikern vertrauen, die sich nicht an Gesetze und Verträge halten? Das steht nicht im Widerspruch zum Urteil des BFG vom 7.9.11., dort ginge es nicht um den Inhalt, die Werthaltigkeit des Regierungshandelns, sondern um das Verfahren beim Zustandekommen der Entscheidungen. Bei einem Weiter so machen sie ein gesundes Land todkrank. Solange Kreditgewährende nicht lernen, dass sie für ihre Ausleihungen ganz alleine die Verantwortung und das Risiko tragen, nährt eine Krise die Nächste. Erst wenn die Geldgeber das gelernt haben, hört bei den Staaten das Schuldenmachen mangels Kredit auf. Die MdB haben der Regierung den Weg in die Sackgasse geebnet und damit ihrem eigenen Ruf geschadet. Mittlerweile ist der Preis für CDS auf deutsche Bundesanleihen höher als der für britische Staatsanleihen. Dies ist eine ernste Warnung. Eurobonds darf es in einer Gemeinschaft selbstständiger Staaten niemals geben! Schlussendlich würde Deutschland für die Schulden aller haften. Eurobonds sind der absolut sichere Weg, um alle Euroländer auf gleichem Niveau in der Schuldenkrise zu vereinen. Die Ratingagenturen haben recht, denn dann hat kein Staat mehr die Kraft einem anderen zu helfen. Es ist nur noch kurze Zeit, bis im EFSF auch die 440 Milliarden nicht mehr reichen und die Mitglieder des Bundestags sich fragen müssen, ob sie weiterhin quasi per Akklamation den Weg ins Verderben begleiten wollen.

Ohne dass der Inhalt bis jetzt näher definiert ist, soll es eine Wirtschaftsregierung geben. Eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, gemeinsame Wachstumspolitik usw. sind bei dem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand der Volkswirtschaften nicht möglich. Die Angleichung der innerhalb einer Währungsunion notwendigen Wettbewerbsfähigkeit kann nicht durch politische Beschlüsse bewirkt werden, leisten kann das nur die Kreativität der Bürger eines Landes im und für den freien Markt. Lenkungsbefugnisse, die die Wirtschaft betreffen darf es nicht geben. Die Grundlage des Erfolgs der deutschen Wirtschaft wird zerstört, wenn den französisch inspirierten Lenkungsmaßnahmen nicht Einhalt geboten wird. Am Markt ist der Staat Schiedsrichter, sonst nichts, er muss genau auf die Einhaltung der unbedingt von ihm zu setzenden Regeln achten, die Fouls pfeifen, und alle, die verlangen der Schiedsrichter solle spielgestaltend eingreifen, sollten wissen, dass nur korrupte Schiedsrichter spielgestaltend wirken.

Den Aufsatz „Das falsche Einheitsdenken in der EU“ Prof. Alfred Schüller, in der FAZ vom 2.9. Seite 12. sollten alle interessierten Bürger lesen. FAZ-Archiv, Seitenüberschrift: „Die Ordnung der Wirtschaft“.

Anders sehe ich die Haushaltspolitik der Länder. Die Gemeinschaft sollte einen Zeitrahmen setzen für das Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts. Der Zeitrahmen kann nicht für alle 17 Eurostaaten gleich sein. Unterschiedlichkeiten bei der Methodik die Vorgaben innerhalb des Haushalts zu erreichen, welche Prioritäten der einzelne Staat setzt, sind unerheblich,

solange sie zum Ziel führen. Für die Vereinheitlichung von Steuer, Sozialleistungen usw. gibt es keinen Grund. Vielfalt ist lehrreich. Versuche auf diesen Gebieten eine Vereinheitlichung voranzutreiben, wären kontraproduktiv, weil es die EU bei der Bevölkerung noch weiter diskreditieren würde. Wirtschaft hinlenken, wo sie hin soll, dieser ewige französische Traum, seine Verfolgung in der Realwirtschaft wäre eine Vollbremsung bis zum Stillstand, was seit Jahrzehnten der Grund für die unterentwickelte Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs ist. Politik ist die Kunst des Möglichen, dazu gehört eine neu zuschaffende Institution, die das Haushaltsverhalten und die Haushaltsplanungen durch kurze Prüfintervalle am sehr kurzen Zügel führt. Abweichungen, Verstöße sollten zu automatischen Sanktionen führen. Wenn dazu Beschlüsse notwendig sein sollen, werden die Sanktionsgegner fast immer die Mehrheit haben.

Da ich nicht nur kritisieren will, zeichne ich hier nochmals wie schon in einem in der FAZ bereits am 11.6.2011 veröffentlichten Leserbrief –„Die Verkleinerung des Euroraums ist unabwendbar“- die denkbare Alternative auf. Hans-Werner Sinn hat im Interview der FAS vom 24.7. ähnliche, teilweise gleiche Gedanken geäußert. Es wird eine Euro AG gebraucht, eventuell mit Banklizenz und einer Aktionärsstruktur, wie die der Anteilseigner bei der EZB. Nichtkapitalmarktfähige Gesellschafter lassen während dieser Phase ihr Stimmrecht ruhen. Dann sollte Folgendes geschehen.

1. Griechenland und eventuell weitere stellen ihren Schuldendienst ein.
2. Die börsengehandelten Gläubiger erleiden erhebliche Kursverluste.
3. Die Euro AG erwirbt an der Börse Aktien der bedrohten Gläubiger zu gefallen Kursen im Einfluss sichernden Umfang. Danach Rekapitalisierung der jetzt Teilverstaatlichten durch die Euro AG. Dadurch wird eine Einschränkung ihres Geschäftsvolumens und Schaden für Unbeteiligte verhindert.
4. Die teilverstaatlichten AG behalten ihr Rating oder verbessern es durch die Staatsbeteiligung.
5. Griechenland ist ganz oder teilweise schuldenfrei aber nicht kapitalmarktfähig.
6. Griechenland erhält gegen strenge und kontrollierte Auflagen Kredit von der Euro AG, bis der Haushalt auf Dauer aus eigener Kraft ausgeglichen werden kann, alternativ erhält z.B. Griechenland durch die Euro AG beschränkt verbürgte Kredite von Dritten mit kurzen Laufzeiten um den Sanierungsdruck aufrecht zu erhalten. Diese Titel wären EZB-fähig.
7. Die rechtsmissbräuchliche Nutzung des Art. 122 AEU-Vertrag entfällt. Art 125 AEU-Vertrag (no bail out) wird jetzt und in Zukunft wieder eingehalten. Die EZB stellt ihre Verstöße gegen Art.123 ein trennt sich von den unter Vertragsbruch erworbenen Titeln zu Lasten der eigenen Bilanz.
8. Die teilverstaatlichten AGs sind im Gegensatz zu den Schuldnerstaaten überwiegend gesunde gewinnerwirtschaftende Unternehmen. Die Gehaltsbegrenzungen während der Dauer der Teilverstaatlichung sind eine starke Motivation den von der Euro AG anvisierten Kurswert schnellstmöglich zu erreichen, um sich von der Staatsbeteiligung wieder lösen zu können.
9. Nach geplantem Kursanstieg der teilverstaatlichten AGs werden deren Anteile mit Gewinn über die Börse sukzessive veräußert. Nach der Saldierung mit möglichen Ausfällen werden die Gewinne ausgeschüttet.
10. Die Euroländer verzichten auf den ESM. EFSF wird Zug um Zug abgewickelt durch die vorstehend bis Ziffer 9 beschriebenen Maßnahmen.
11. Bezüglich der Reanimierung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit sollten Hilfen auf die Unterstützung von Eigeninitiativen beschränkt werden und zwar durch privates Venturecapital und Investitionen durch private Unternehmen. Vorschläge wie z.B. in Energie aus Wind und Sonne zu investieren sind verantwortungslos, solange keine wettbewerbsfähigen Stromspeichermöglichkeiten erfunden sind. Von Brüssel beauftragte Wirtschaftswissenschaftliche Institute, auch Beratungsgesellschaften können nach

brachliegenden Ressourcen suchen und Vorschläge einbringen. Eventuell ist die griechische Verfassung anzupassen.

Für diesen Weg ist es spät, aber nicht zu spät. Wenn Staaten Steuerzahler als Bürgen in die Haftung nehmen, dürfen sie damit nur denen Kredit und Kapital verschaffen, die es auch zurückzahlen können. Das sind nicht Griechenland und Weitere, sondern die Gläubiger, die, jetzt mit unerwünschtem Aktionär, werden alles tun, um diesen wieder loszuwerden. Nach gelungener Steigerung des Aktienwertes, fast alle werden dazu mit unterschiedlichem Zeitbedarf die Kraft haben, wird der Staatsanteil reprivatisiert. Auf diese Weise würde das Risiko für die Bürger der Euroländer minimiert. Die von dem Rettungsfond aufzubringenden Summen wären niedriger als bei dem jetzigen Therapieansatz, weil es Gläubiger gibt, die es entweder aus eigener Kraft schaffen oder es politisch verhindert wird. Z.B. eventuell betroffene chinesische Banken wollen keine europäische Staatsbeteiligung. Das Signal an die Anleger wäre, erst die Kreditwürdigkeit zu prüfen. Ohne Kredit muss gespart werden. Es gab zu keiner Zeit einen Grund für die diversen Vertragsbrüche. Die EZB taugt nicht als Berater, sie hat sich selbst zur Partei gemacht.

Was geschähe mit Griechenland ohne den Euro?

Ein griechischer Verzicht auf den Euro hätte bei meinem Therapieversuch keinen Einfluss auf den Wert griechischer Staatsschulden, da Griechenland am Tage X schuldenfrei wäre, aber es wäre mit einem Schlag wieder wettbewerbsfähiger und könnte später gesundet zum Euro zurück. Weder dem Euro noch den Euroländern würde dies schaden, eher nutzen.

Bei der derzeitigen Therapie läuft alles nach dem Plan der Märkte, sie fühlen sich bestätigt. (Sehr interessant ist der unter www.sentix.de lesbar Blog „Lockruf der Wölfe“.)

Bei meinem Therapieversuch hätten sie sich mehr als die Finger verbrannt. Aus Eigeninteresse müssten sie helfen, dass nicht Weitere abstürzen. Die Wirkung auf die Haushaltsdisziplin der Euroländer wäre sehr stark. In Zukunft würden die Märkte Risikoaufschläge in der Proportion zum Risiko verlangen und damit ebenfalls auf die Haushaltsdisziplin Druck ausüben.

Noch etwas ist wichtig, die zuständige Aufsicht will weiterhin den Ankauf aller Staatstitel ohne Hinterlegung von Eigenkapital erlauben. Der Kronberger Kreis verlangt jetzt, das zu ändern.

Wir brauchen die Zinsungleichheit zwischen den Staaten zur Disziplinierung der Haushalte und die Zinsänderungen zur Alarmierung der Euro-Aufsicht. Mit der Zinsangleichung nach Einführung des Euro haben schon damals die Märkte signalisiert, dass sie über das „No bail out“ lachen, weil für die Handhabung des Falleintritts keine Vorsorge getroffen wurde.

Was ist, wenn der EURO trotzdem scheitert?

Der Euro soll einem Zweck dienen, wenn er das durch die disparitäre Entwicklung der Volkswirtschaften nicht (mehr) kann, sogar Gesunde krankmacht, wird es sinnlos, ihn (für alle) zu verteidigen. Hinsichtlich der Folgen eines möglichen Scheiterns des Euro werden aus deutscher Sicht wahre Schreckensszenarien diskutiert und beschrieben. Das Problem wird gesehen in der zwangsläufig mit einem Scheitern des Euro verbundenen Aufwertung einer neuen deutschen Währung gegenüber anderen Währungen in jeweils unterschiedlicher Höhe. Das ist aber nur die eine Seite. Es ist dringend erforderlich auch die Kehrseite der Medaille zu beleuchten. Nachstehend ein unvollständiges Szenario:

1. Die Kaufkraft des Barvermögens, der Ersparnisse, würde steigen.
2. Der Wert von Verbindlichkeiten in Fremdwährungen würde sinken.
3. Importe, Rohstoffe, Halbzeuge, Fertigprodukte und Leistungen würden billiger.
4. Übernahmen von und Beteiligungen bei ausländischen Unternehmen können billiger werden. Aus dem Fremdwährungsraum würde die Beteiligung an und die Übernahme deutscher Unternehmen entsprechend teurer.
5. Inflation in Deutschland wäre kaum möglich. U.a. würde Folgendes billiger: Benzin, Heizöl, Gas, Auslandsreisen, Auslandsurlaub, importierte Kraftfahrzeuge, auch im Ausland gefertigte deutsche Marken, ein Teil der Lebensmittel usw.

Wo Licht ist, gibt es auch Schatten, es wird Gewinner und Verlierer geben, wenn es zu einem solchen Umbruch kommt, z.B. können eventuell bisher in Deutschland für den Binnenmarkt produzierte Waren billiger importiert werden. Das kann Arbeitsplätze kosten. Andererseits können Produkte, Maschinen usw., in denen ein hoher Anteil an importierten Rohstoffen, Halbzeugen usw. verbaut ist, oft erfolgreicher, weil billiger, exportiert werden, was Arbeitsplätze schafft. Das Volumen wird wachsen.

Ersparnis der Bürger muss auch in Zukunft sicher sein und darf nicht von Inflation entwertet werden, um Substanz aus den Taschen der Gläubiger in die Taschen der Schuldner fließen zu lassen. Es muss einen möglichst breiten Konsens hinsichtlich einer Grenze geben, ab der Deutschland besser ohne Euro weiter geht. Wenn diese Grenze für alle deutlich erkennbar ist, stärkt das auch deutsche Positionen bei internationalen Verhandlungen, insbesondere bezüglich der Verhaltensnormen der Eurostaaten und der Automatik der Sanktionen bei Regelverstößen.

Das Wohl unserer und anderer Volkswirtschaften steht auf dem Spiel, die Risikobereitschaft von Regierung und Bundestag hat aus meiner Sicht den Rahmen des Verantwortbaren gesprengt. Statt heraus aus der Sackgasse, geht Europa mit leuchtenden Augen weiter hinein. Weder der Euro noch Europa ist mit Geld zu retten, nur mit ordnungspolitischen Grundsätzen in der EU-Politik.

„Man vergisst oft, dass es nur die freie Wettbewerbswirtschaft war, die uns nach dem Krieg zum Aufstieg führte.“ (Klaus H. Scheufelen) Das war einmal die Stärke Deutschlands.

Was wird geschehen, wenn die Bürger erkennen, dass Bundestag und Regierung, um andere Staaten zu retten, ihren eigenen Staat ruiniert haben? Auch für im internationalen Kollektiv beschlossene Fehler ist die Regierung den Bürgern allein verantwortlich. Max Weber hat recht, wenn er sinngemäß sagte: „Jemand der demokratisch legitimiert für andere entscheidet, muss die Folgen verantworten“.